



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Kreisverband Rendsburg-Eckernförde

Medieninformation

Rendsburg, 3. Februar 2015

SPD-Mitgliederkonferenz fordert vollständiges Fracking-Verbot im Bergrecht

Auf einer Mitgliederkonferenz der SPD Rendsburg-Eckernförde in Rendsburg sprach sich die Versammlung für ein vollständiges Fracking-Verbot aus und fordert in einer Resolution ein entsprechendes Verbot im Bundesbergrecht festzuschreiben.

Kreisvorstandsmitglied Jürgen Strack und Dr. med. Rainer Rohwer aus dem Ortsverein Schinkel hatten die Veranstaltung vorbereitet und zu ihr eingeladen. In einem einführenden Vortrag machten sie eindringlich klar, welche Gefahren von dieser Technik für unsere Umwelt, unsere Gesundheit und unser Trinkwasser ausgehen.

„Die von der Bundesregierung im Dezember vorgelegten Referentenentwürfe, mit denen unkonventionelles Fracking beschränkt werden soll, gehen völlig an der Realität vorbei. Sie sind weder ökonomisch noch ökologisch nachvollziehbar. Nur ein im Bergrecht festgeschriebenes Fracking Verbot kann dieser gefährlichen Technik Einhalt gebieten“, erklärte Strack. „Wir wollen die Energiewende vorantreiben und nicht noch die letzten Reste von Öl und Gas aus dem Boden pressen“.

Dr. Rohwer erläuterte die Gesundheitsgefahren, die von Radon 226, das bei der Öl- und Gasgewinnung austritt, ausgehen. Es ist wasserlöslich. Wird es mit dem Trinkwasser aufgenommen, kann es Lungen-, Brust-, Leber- und Knochenkrebs auslösen. Weiterhin wies er auf die Tatsache hin, dass die Firma Schlumberger, einer der Fracking Marktführer, z.B. in einer Congress -Anhörung zugeben musste, dass in Norwegen festgestellt wurde, 19 % der Förderleitungen seien undicht. Dies führe zu starkem Benzol-Austritt. Benzol wiederum verändere das Erbgut und sei krebserregend. Auch in Niedersachsen habe es durch undichte Leitungen Benzolaustritte gegeben und Ackerland sei verseucht, in diesem Umwelt träten vermehrt Krebserkrankungen auf. Zusätzliche Gefahren gingen von chemischen Fracking-Zusatzstoffen (Fracking Fluids), Gefahren durch Luftverschmutzung im Umfeld des Fördergebietes und der Verpressung des sogenannten Flowbacks aus.

Die Versammlung übergab dem anwesenden Bundestagsabgeordneten Sönke Rix die verabschiedete Resolution. Rix erklärte, die Resolution zum Anlass zu nehmen, die Anliegen noch einmal verstärkt in die SPD-Bundestagsfraktion und an Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel weiterzuleiten. „Die Bürgerinnen und Bürger können sicher sein, dass sie mit mir einen entschiedenen Gegner des Fracking als Vertreter in Berlin haben“, so Rix.

SPD
Kreisverband Rendsburg-Eckernförde
Sparkasse Mittelholstein
Nienstadtstr.10
24768 Rendsburg
Tel.04331-4374604

E-Mail
kv-rendsbuerg-eckernfoerde@spd.de
Internet
www.spd-rd-eck.de

Bankverbindung
BLZ 214 500 00
Konto 10 245